

nachrichten

Die politische Krise, die durch die Entlassung Anwar Ibrahim vom Posten des stellvertretenden Premierminister und des stellvertretenden Präsidenten der Regierungspartei UMNO hervorgerufen wurde, verschärft sich. Anwars Unterstützer, zum allergrößten Teil Malaien, demonstrieren regelmäßig in Kuala Lumpur. Zusammenschlüsse der Oppositionsparteien mit Nicht-Regierungsorganisationen haben die Gelegenheit ergriffen, auf die unterdrückerischen Gesetze, den Mangel an Unabhängigkeit der Justiz, sowie Korruption und Vetternwirtschaft unter den herrschenden Eliten, hinzuweisen. Ein solcher multiethnischer Zusammenschluß ist der Aktionsrat des malaysischen Volkes für Gerechtigkeit, GERAK (siehe Dokumentation des Manifestes auf S. 43).

Anwar Ibrahim selbst wurde nach einer Großdemonstration mit über 100.000 Menschen in Kuala Lumpur am 21. September nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) verhaftet. Nach einer massiven anti-Anwar-Kampagne in den einheimischen Medien wurde er schließlich aus der ISA-Haft entlassen und wegen verschiedenster Vergehen angeklagt, angefangen bei Sodomie bis zu Korruption. In einer Serie von Gerichtsverfahren, die am 2. November begann, wird über diese Anklagen verhandelt werden. Anwar bleibt in Untersuchungshaft. Eine Freilassung gegen eine Kaution wurde abgelehnt. Besonders aufsehen erregte der Zustand in dem Anwar zum ersten Verhandlungstag erschien: Er hatte eine blaues Auge und wies eine Reihe von blauen Flecken auf, die offensichtlich von Mißhand-

Nachspiel zu Anwar Ibrahims Entlassung

lungen im Gefängnis herrührten.

Die Demonstrationen in Kuala Lumpur und die große Anzahl Menschen, die zu pro-Anwar Veranstaltungen in vielen Teilen des Landes gekommen waren, beunruhigten Premierminister Mahathir Mohamad und UMNO. Weitere 24 als Unterstützer Anwars oder der malaiischen Opposition eingestufte führende Politiker wurden ebenfalls nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit verhaftet. Hunderte von Menschen sind auf den Demonstrationen festgenommen worden. Die Protestierenden sprechen von Polizeiprovokationen und Gewalt auf der Straße und brutalen Polizeiübergriffen in den Gefängniszellen. Über 300 Menschen wurden wegen illegaler Zusammenrottung oder Verweigerung, eine Versammlung aufzulösen, angeklagt. Gegen Kaution wurden sie bis zur Gerichtsverhandlung auf freien Fuß gesetzt. Sie müssen mit einer Gefängnisstrafe von drei und mehr Monaten rechnen.

Es gibt eine intensive öffentliche Diskussion über den Prozeß gegen Anwar, begleitet von öffentlicher Unruhe. Die Gerüchteküche floriert mit Äußerungen derjenigen, die bezweifeln, daß Anwar ein fairer Prozeß gemacht wird. Bereits das Verfahren, wie die Richter und Ankläger in den Prozessen benannt wurden, wird angefochten, und die Frage gestellt, welche »Anweisungen« sie von gewissen, führenden Politikern erhalten.

Gleichzeitig läuft ein Gerichtsverfahren gegen einen Bekannten von Anwar Namens Nalla. Ihm drohen die Todesstrafe wegen des Besitzes von scharfer Munition. Nallas Verhaftung ist als Teil einer konzertierten Kampagne zur Verunglimpfung Anwar bereits vor seiner Verhaftung zu sehen. In eidesstattlichen Erklärungen, angeblich von Nalla, welche die Polizei der Öffentlichkeit zugänglich machte, wird behauptet, er habe Anwar Frauen besorgt und sei Zeuge bei Anwars sexuellen Ausschweifun-

gen gewesen. Diese Erklärungen wurden in den Medien groß herausgebracht. Nalla bestreitet sie niemals unterschrieben zu haben, obwohl er von der Polizei dazu gedrängt wurde. Diese Aussage wurde von der Presse kaum berichtet. Ein kleines Beispiel davon, welchen Biegungen und Wendungen die Öffentlichkeit in den letzten Monaten erlebte. Die verschiedenen Gerichtsverhandlungen gegen Anwar werden sich bis zum Ende nächsten Jahres hinziehen. Spekulationen gehen dahin, daß er in seinem ersten Verfahren mit drei und mehr Jahren Gefängnis rechnen muß, was ihm die Rückkehr zu UMNO oder in die Politik unmöglich macht.

Mahathir und die Medien sind nun auf der Suche nach den Sündenböcken für die Unruhen, die inzwischen über die Solidarität mit Anwar hinaus gehen und die Klagen der Malaien in verschiedenster Hinsicht zum Ausdruck bringen, einschließlich der wirtschaftlichen Mißstände. Ausländer und einheimische Nicht-Regierungsorganisationen werden beschuldigt, zu Demonstrationen unter der Forderung »reformasi« aufzuwiegeln. Am 21. November wurde der Vorsitzende von GERAK und Mitarbeiter der malaysischen Menschenrechtsorganisation SUARAM, Tian Chua verhaftet und später wegen Volksverhetzung angeklagt. Weitere Verhaftungen von einheimischen Aktivisten werden befürchtet. Damit könnte Mahathir versuchen von der Kritik an seinem Vorgehen in der Partei und bei der Wirtschaftskrise abzulenken sowie von der Kritik an der Rolle der Polizei und der Justiz unter seiner Regierungszeit.

eigener Bericht J.L.

Wahlen zur Parteiführung in UMNO

Die Entscheidung des UMNO-Präsidiums im Oktober, den Posten des stellvertretenden Premierministers nach der Entlassung Anwar Ibrahims unbesetzt zu lassen, hat zu allerlei Ränkeschmieden unter den möglichen Kandidaten in UMNO geführt. Dieser Posten wird im nächsten Juni auf dem UMNO-Parteitag besetzt. Wahrscheinlich kandidiert der ehemalige Finanzminister, Tengku Razeleigh, der aus UMNO austrat, nachdem er bei den Wahlen zur Parteiführung 1987 knapp von Mahathir geschlagen wurde. Andere Kandidaten könnten der Außenminister, Abdullah Ahmat Badawi, und der Erziehungsminister, Najib Tun Razak, Sohn des 2. Premierministers Malaysias, Tun Razak, sein.

Den allgemeinen Parlamentswahlen im nächsten Jahr werden Wahlen des Landesparlaments im Bundesstaat Sabah vorangehen, möglicherweise bereits im nächsten Monat. Sabah ist nicht so sehr von den Unruhen auf der Halbinsel Malaysias betroffen. Die Landesregierung ist in den Händen der Barisan Nasional (Nationalen Front) unter Führung von UMNO und die Opposition ist schwach wegen Zersplitterung und Übertritte. Mahathir wird möglicherweise diese Wahlen zu einen Aufruf an die Malaysier benutzen, sich hinter ihn zu stellen, um der Welt das öffentliche Vertrauen in seine Herrschaft zu »beweisen«.

eigener Bericht J.L.

Sitz im UN- Sicherheitsrat

Malaysia wurde zum nicht-ständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrates für zwei Jahre gewählt. Die Amtsperiode beginnt am 1. Januar 1999 und Malaysia ist bereits zum dritten Mal in diese Position gewählt worden.

Star 11.10.98

nachrichten

Die Anfang September ergriffenen Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise (vgl. *südostasien* 3/98, S. 42) scheinen einige erwünschte Resultate zu zeigen. Der Haushaltsentwurf vom Oktober deutet auf weitere Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Rezession durch wachsende Ausgaben der Re-

Die Ankündigung der Rettungspläne der Regierung für die Firma Renong führte zu unterschiedlichen Reaktionen. Renong, eine Firma, die enge Verbindungen zur malaiischen Regierungspartei UMNO und dem UMNO Schatzmeister, Daim Zainuddin, unterhält, ist mit über M\$ 20 Mrd. (knapp DM 9 Mrd.) verschuldet. Im Oktober kündigte die Regierung einen Plan an, nach dem M\$ 10,5 Mrd. (DM 4,7 Mrd.) bei über 60 einheimischen und ausländischen Banken über langfristige Staatsanleihen aufgenommen werden. Sie sollen mit den Profiten der Renong Tochter PLUS bezahlt werden,

Malaysia war in diesem Jahr Gastgeber des jährlichen Treffens der Regierungschefs der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC). Dieser Gipfel Mitte November war mit einigen Kontroversen beladen. Im Vorfeld der Veranstaltung hatten bereits einige APEC Regierungschefs offen ihre Besorgnis über die Behandlung von Anwar Ibrahim geäußert und damit gedroht, nicht an dem Gipfel teilzunehmen. Schließlich kamen doch alle, aber einige brachten in privaten Gesprächen mit Vertretern der malaysischen Regierung ihre Auffassung zum Ausdruck. Der

gierung im Infrastrukturbereich hin. Auch werden die Bemühungen Finanzinstitutionen zu helfen verstärkt. Der Haushalt weist einen Defizit von M\$ 4,36 Mrd. (knapp 2 Mrd. DM) im nächsten Jahr aus. Die Regierung rechnet mit einem 1 % Wirtschaftswachstum für 1999. Die Presse verkündet nun, die Rezession hätte ihren Tiefpunkt erreicht.

Danamodal Nasional, eine neue Behörde, die den Zusammenbruch von känkelnden Finanzinstitutionen verhindern soll, wird M\$ 868 (388 Mio. DM) in zehn Banken und Finanzunternehmen pumpen und mit Obligationen garantieren, um die Last von faulen

welche die Nord-Süd Autobahn auf der Halbinsel betreibt und die Gebühren dafür kassiert.

Skeptiker nennen das nicht nur einen Mißbrauch öffentlicher Mittel sondern auch einen Mißbrauch von Malaysias finanziellen Spielraum. Sie weisen darauf hin, daß, wenn solche Unternehmen gerettet werden, es eine klare Rechenschaft der Unternehmensführung darüber geben muß, wer für die Verschuldung verantwortlich ist. Renongs Vorstandsvorsitzender ist Halim Saad, ein Geschäftsmann, der eng mit Daim Zainuddin und UMNO verbunden ist, und dem ein Anteil von 21,8 % an der

Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Al Gore, trug seine Besorgnis über Menschenrechte und Demokratie in der Region öffentlich in einer ungeschminkten Tischrede vor. Anschließend verließ er den Raum, ohne am Essen teilzunehmen. Premierminister Mahathir und die malaysische Regierung waren empört. In der Folge wurden in den malaysischen Medien den USA (und anderen) lauthals Einmischung in die inneren Angelegenheiten Malaysias vorgeworfen. Es kann als ein weiterer Versuch gesehen werden, für Malaysias augenblickliche politische und wirtschaft-

Wirtschaftsinitiativen

Kredit zu mindern. Um mehr finanzielle Mittel für ein Wirtschaftswachstum bereitzustellen, versucht die Regierung die Banken zu einer 8 % Wachstumsrate bei der Kreditvergabe in diesem Jahr zu bewegen. Ein Ziel, daß wohl kaum erreicht wird.

Eine andere Staatsfirma, Danaharta, wurde gegründet, um faule Kredite aus dem Bankensystem aufzukaufen und es von dem Druck zu befreien. Außerdem werden bestimmte Firmen gerettet.

Allerdings sind die weiteren wirtschaftlichen Perspektiven noch ein wenig ungewiß. Man rechnet immer noch mit dem Anwachsen der Anzahl von

Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, auf ca. 500.000, der Arbeitslosenrate auf etwa 6 % und einer Inflationsrate von ebenfalls 6 %. Die Weltbank warnt vor dem Optimismus mit positiven Wachstumsvoraussagen für 1999 zu rechnen. Jeder weitere Einbruch der Wirtschaft in der Region oder in der Welt wird sich auf Malaysia auswirken. Beunruhigt ist man außerdem über die Verwendung öffentlicher Gelder zur Rettung krankelnder Unternehmen. Dies könnte jegliches Aufkommen von Vertrauen in die Wirtschaft Malaysias schwächen.

eigener Bericht J.L.

Unternehmensrettungen

Firma gehören. Bisher wurden keine Veränderungen in der Geschäftsführung von Renong angekündigt.

Der Weltbankberater, Larry Lang, der eine Studie über 700 Firmen in Malaysia angefertigt hat, warnt davor, daß über 70 % »Probleme von Fehlbesetzung, ähnlich wie in Korea, haben. Firmen ohne ausreichende Fachkenntnisse erhielten gute Aufträge und ihnen wurde geholfen, wenn sie in Schwierigkeiten gerieten. Warum soll man Firmen retten, welche gar nicht erst hätten anfangen sollen?«

Weitere mögliche Rettungspakete für Firmen wie Malay-

sian Airlines werden kritisiert, weil sie nur den Interessen der herrschenden Eliten und ihren Geschäftsfreunden dienen. Öffentliche Gelder, wie die der Rentenkasse, die eigentlich nur im öffentlichen Interesse genutzt werden dürften, werden mißbraucht. Andere argumentieren allerdings, daß die Rettung solcher Unternehmen nötig sei, damit die Arbeitsplätze von tausenden von Malaysiern erhalten bleiben und die soziale Stabilität bewahrt werden kann.

vgl. AW 16. u. 30.10.98, FEER 22.10.98

APEC und APPA in Kuala Lumpur

liche Schwierigkeiten einen externen Feind aufzubauen.

In der Woche vor dem Gipfel nahmen mehr als 600 Menschen an der Asia-Pacific Peoples Assembly (APPA) teil. Menschen vor Profit (peoples before profits) war das Motto. Eine Resolution nach der anderen forderte die Abkehr von einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche eine Globalisierung, Liberalisierung und andere Maßnahmen des freien Handels zu Gunsten der Dominanz von multinationalen Unternehmen und dem globalen Kapital auf Kosten der Bevölkerung fördert. Auf der Versammlung wurden die erschreckenden

Auswirkungen einer solchen Politik und der augenblicklichen Krise auf das Leben der einfachen Bevölkerung in der Region vorgetragen.

eigener Bericht J. L.

Kindesmißbrauch

Die Regierung erwägt die Einführung von Video-Konferenzen im Gerichtssaal bei Verfahren über Kindesmißbrauch. Es ist eine Reaktion auf den Vorwurf, die Gerichte seien nicht kinderfreundlich und schüchtern Kinder bei Prozessen, die sie betreffen, ein.

vgl. Star 8.11.98